

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kristin Heyne (GRÜNE/GAL) vom 12. 10. 89

und Antwort des Senats

Betr.: US-Atomwaffen-Müll über Hamburg

In der Ausgabe vom 2. Oktober berichtete die „Frankfurter Rundschau“ über den Ankauf von hochaktivem Atommüll aus den USA durch das Bundesforschungsministerium. Im kommenden Jahr soll dieser Müll zu „Testzwecken“ im Salzstock von Asse bei Salzgitter eingelagert werden. Der Müll soll derart zusammengesetzt sein, daß er einen Grad der Hitzestrahlung und Gefährlichkeit besitzt, wie es ihn in der Bundesrepublik bisher nicht gebe. Darüber hinaus berichtet die „FR“, daß geplant ist, diesen Müll über Hamburg und dann auf dem Landweg weiter nach Asse zu transportieren.

Nach den dem Senat vorliegenden Informationen läuft beim Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) seit 1982 das Forschungsvorhaben „Versuchseinlagerung hochradioaktiver Abfallsimulate (HAW) in der Schachanlage Asse“, aufgrund dessen ein Vertrag mit den USA über die Herstellung und Lieferung in Borsilikat verglaster Strahlenquellen abgeschlossen wurde. Das Projekt ist sowohl im Bundeshaushalt, dem Förderkatalog des BMFT als auch den Bundesforschungsberichten öffentlich ausgewiesen.

Der Senat hat sich in Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Petersen (Drucksache 13/4525) umfassend zu dieser Problematik geäußert.

1. *Wie schätzt der Senat das Risiko eines solchen Transports für die Bewohner/innen Hamburgs ein?*
2. *Wie gedenkt der Senat den Transport vor Diebstahl oder vor einem Anschlag zu schützen?*
3. *Wird der Senat ähnlich wie die Stadt Lübeck versuchen, den Transport über Hamburg zu verhindern?*
4. *Welche Hamburger Unternehmen sollen nach dem bisherigen Stand an dem Umschlag und Transport des o. g. Atommülls beteiligt werden?*
5. *Mit welchem Schiff soll der Atommüll nach Hamburg transportiert werden?*
6. *Mit welchen Verkehrsmitteln soll der Abtransport aus Hamburg erfolgen?*
7. *Welche Hamburger Behörden sind für die Aufsicht, Genehmigung und/oder Kontrolle dieses Transportes zuständig?*
8. *Wann wird mit dem Transport gerechnet (Datum, Zeitraum)?*
9. *Um wie viele Einzeltransporte wird es sich handeln?*

Siehe Vorbemerkung.

10. *Wie beurteilt der Senat die Gefahr, daß Hamburg im Zuge des Wirksamwerdens der Wiederaufarbeitungsverträge mit Sellafield und La Hague zu einem zentralen Umschlagplatz abgebrannter Brennelemente und hochaktiven Atommülls wird? Was wird der Senat unternehmen, um diese Entwicklung zu verhindern?*

Der Senat kann nicht ausschließen, daß nach Abschluß der privatrechtlichen Wiederaufarbeitungsverträge mit ausländischen Anlagen Transporte von Kernbrennstoffen und radioaktiven Großquellen durch die zuständige Genehmigungsbehörde, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, PTB, genehmigt werden, die vermehrt Hamburg berühren.

Da dem Senat Möglichkeiten, rechtmäßig genehmigte Transporte zu verhindern, nicht zur Verfügung stehen, wird der Senat die verbleibenden Möglichkeiten nutzen, darauf hinzuwirken, daß

- die Zahl der notwendigen Transporte verringert,
- der Transportweg grundsätzlich nach dem Kriterium des kürzesten und risikoärmsten Weges genehmigt wird,
- eine wirksame Kontrolle des jeweiligen Behälterinhalts bereits beim Versender erfolgt,
- bei der Beförderung ein hoher Sicherheitsstandard eingehalten wird, u. a. auch durch Überprüfung der Transportgenehmigungen und Kontrollen der Behälteraußenstrahlung.